



HESSISCHER LANDTAG

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend für einen Schulfrieden in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag spricht sich für ein Ende des besonders in Hessen seit Jahrzehnten erbittert geführten Schulkampfs aus.
2. Stattdessen hält der Landtag einen Schulfrieden für erforderlich. Durch eine möglichst breit getragene Vereinbarung zwischen den im Landtag vertretenen Fraktionen und den an Schule Beteiligten soll Planungssicherheit über die Schulentwicklung für einen Zeitraum von zehn Jahren erreicht werden.
3. Aus Sicht des Landtags ist eine solche Vereinbarung – wie es sie beispielsweise schon in Bremen und Nordrhein-Westfalen gibt – auch in Hessen möglich, wenn endlich nicht Ideologien und Zwangsbeglückungen, sondern die Schülerinnen und Schüler, der Elternwille und die Schulentwicklung vor Ort in den Mittelpunkt gestellt werden.
4. „Ermöglichen statt verordnen“ sieht der Landtag als wesentliches Prinzip an, um diesen Schulfrieden zu erreichen. Statt von oben herab detailliert vorzugeben, wie Schulen pädagogisch arbeiten sollen, spricht sich der Landtag dafür aus, den Schulen weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten zu geben. Selbstverständlich bleiben der Landtag und die Landesregierung in der Verantwortung, die zu erreichenden bildungspolitischen Ziele vorzugeben und ihre Einhaltung sicherzustellen.
5. Eine Politik, die sich am Elternwillen orientiert und den Schulen pädagogische Perspektiven eröffnet, würde unter anderem:
 - a. Mehr Grundschulen dabei unterstützen das anerkannte und erfolgreiche Modell des flexiblen Schulanfang einzuführen, bei dem die ersten beiden Klassen zu einer pädagogischen Einheit zusammengefasst werden, die je nach individueller Entwicklung der Kinder in einem, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden kann.
 - b. Ein bedarfsgerechtes Bildungs-, Betreuungs- und Ganztagsangebot an Grundschulen schaffen, damit mehr Zeit für individuelle Förderung bleibt und Beruf und Familie vereinbar sind.
 - c. Echte Ganztagschulen mit rhythmisierten Tagesablauf an weiterführenden Schulen ausbauen und so dem Elternwillen nach einem solchen Angebot entsprechen.
 - d. Eine echte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 gewährleisten, in dem die Grundschulleitern befragt werden, welche Schulzeit zum Abitur sie wollen und auch den derzeitigen 5. und 6. Klassen die Rückkehr ermöglicht wird.
 - e. Schulen mit längerem gemeinsamem Lernen überall dort zulassen, wo sie von den Eltern und den Schulgemeinden vor Ort gewünscht werden und gleichzeitig

den Wunsch von Eltern respektieren, die für ihre Kinder eine Schule des gegliederten Schulwesens wünschen.

- f. Die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent und zügig umsetzen und Eltern die freie Wahl ermöglichen, ob sie ihr Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf an einer allgemeinen oder an einer Förderschule unterrichten lassen wollen.
- g. Die Selbstständigkeit von Schulen fördern und sie von Bürokratie entlasten.

Kassel, den 18.6.2013

Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir